Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/8040

04. 10. 90

Entschließungsantrag

der Fraktion DIE GRÜNEN/Bündnis 90

zur Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung zur Politik der ersten gesamtdeutschen Bundesregierung

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Die Vereinigung beider deutscher Staaten muß einhergehen mit einer verantwortungsbewußten Politik gegenüber den Staaten in Ost und West, insbesondere aber auch gegenüber den Ländern der sogenannten „Dritten Welt". Eine Entspannung zwischen Ost- und Westeuropa darf nicht eine neue Nord-Süd-Konfrontation zur Folge haben.

Der Deutsche Bundestag ist sich der eigenen Verantwortung beider deutscher Staaten für die jetzige Krise im Nahen Osten bewußt: Zwanzig Jahre falscher Außenpolitik gegenüber den Ländern der „Dritten Welt", d.h. wirtschaftliche Ausbeutung begleitet von Rüstungsexporten, müssen ein Ende haben.

II. In Anerkennung der Tatsache, daß Rüstungsexporte beider deutscher Staaten den Irak erst zu der völkerrechtswidrigen Annexion Kuwaits in die Lage versetzt haben, und in der Mitverantwortung für den 1988 erfolgten Giftgaseinsatz Saddam Husseins gegen irakische Kurden durch die Lieferung von Anlagenteilen zur Herstellung chemischer Waffen seitens bundesdeutscher Firmen fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf:

1. selbstkritisch die eigene Teilhabe an der Aufrüstung des Iraks einzugestehen, die heute die ganze Welt in unvorstellbare Gefahr bringt und unter der die irakische Bevölkerung und die benachbarten Völker maßlos leiden. Dieser Verantwortung wird durch die Entschuldigung gegenüber dem irakischen und kurdischen Volk Rechnung getragen.

2. selbstkritisch die Mitverantwortung an den 5000 irakisch-kurdischen Giftgasopfern sowie die Verantwortung für die zigtausende Flüchtlinge anzuerkennen, die vor den mit bundesdeutscher Hilfe hergestellten chemischen Waffen geflohen sind.

3. sich aus dem Bekenntnis zu dieser Verantwortung und dem Beweis für eine Beendigung dieser menschenverachtenden und kriegschürenden Politik zu verpflichten:

   - die Wiedergutmachungspflicht durch Zahlungen an die Hinterbliebenen der Giftgasopfer anzuerkennen,

   - den Flüchtlingen, den heute unter menschenunwürdigen Bedingungen in der Türkei, im Iran und anderen Staaten in Flüchtlingslagern lebenden Kurden Asyl in der Bundesrepublik Deutschland anzubieten sowie finanzielle Unterstützung in Form von humanitärer Hilfe zur Verfügung zu stellen,

   - jegliche Rüstungsexporte einzustellen.

4. angesichts der notleidenden Bevölkerung Iraks sowie der Nachbarstaaten, die besonders von den Auswirkungen des UN-Embargos gegen den Irak betroffen sind, humanitäre Unterstützung zu gewähren, und insbesondere die Türkei aufzufordern, die menschenrechtsverachtende Politik gegen die im Südosten der Türkei lebenden Kurden und Kurdinnen sofort einzustellen.

Begründung

Die Vereinigung Deutschlands muß begleitet werden von einer Politik der Selbstbeschränkung. Gerade die Verantwortung beider deutscher Staaten für den heutigen Golfkonflikt erfordert die Anerkennung eigener Schuld, die Wiedergutmachung gegenüber den darunter leidenden Völkern und den sofortigen Wandel einer bis heute katastrophalen Politik, die nicht auf das gleichberechtigte Miteinanderleben zielt, sondern wirtschaftliche Interessen Deutschlands in den Vordergrund stellt.

Aus der mit deutscher Hilfe erst möglich gewordenen militärischen Aggression des Iraks, ebenso wie aus dem Einsatz chemischer Waffen gegen die irakischen Kurden und Kurdinnen 1988, erwächst dem wiedervereinigten Deutschland eine besondere Verantwortung zur friedlichen Beilegung des Golfkonflikts und der Wiedergutmachung gegenüber der leidenden Bevölkerung. Es muß deshalb verhindert werden, daß der NATO-Partner Türkei seine strategisch wichtige Position mißbraucht, um im Schatten der Golfkrise den Krieg gegen die Opposition im eigenen Land fortzusetzen. Meldungen über zunehmende Folter, Mord, Deportation und Zerstörung kurdischer Dörfer im Südosten der Türkei dürfen nicht länger ignoriert werden. Insbesondere die im Irak lebende Opposition gegen das menschenverachtende Regime Saddam Husseins wartet auf internationale Unterstützung und Solidarität. Nur so kann sie zu einer friedlichen Lösung der Krise beitragen.

Berlin, den 4. Oktober 1990

Hoss, Frau Dr. Vollmer, Frau Birthler und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51, Telefax (02 28) 36 12 75